

Aktuelle politische Herausforderungen für Frankreich

Am 7. und 8. Februar wurde in Frankreich der Vertrag von Lissabon von beiden Kammern des Parlaments angenommen. Damit ist Frankreich das fünfte Land – nach Ungarn, Malta, Rumänien und Slowenien – das den vereinfachten Vertrag ratifiziert. Die Abstimmungen in Assemblée Nationale und Senat wurden kaum öffentlichkeitswirksam wahrgenommen und hatten in Frankreich kein spektakuläres Presseecho zur Folge. Die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon bedeutet für Frankreich im Vorfeld der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft einen wichtigen Schritt ins Zentrum Europas; allerdings können damit die stark gesunkenen Popularitätswerte des französischen Staatspräsidenten nicht ins positive gerückt werden. Vielmehr steht Nicolas Sarkozy und mit ihm die französische Regierung vor wichtigen innenpolitischen Herausforderungen: die Umsetzung des ambitionierten Reformprogramms und die bevorstehenden Kommunalwahlen sind vordergründig.

Innenpolitische Herausforderungen: Reformprogramm und Kommunalwahlen

Nach nunmehr neun Monaten Amtszeit von Nicolas Sarkozy sind die Zustimmungswerte für den französischen Präsidenten auf ein Tief von nur noch 41% gesunken¹, ein dra-

omatischer Popularitätsverlust - vergleichbar nur mit dem Rekordtief an öffentlicher Zustimmung seines Amtsvorgängers Jacques Chirac infolge der groß angelegten Streikwelle 1995/96. Premierminister Fillon geht indes gestärkt aus den jüngsten Meinungsumfragen hervor und liegt erstmals in der Beliebtheitsskala vor Sarkozy.

Welches sind die Gründe für den Stimmungswandel in der Bevölkerung? In erster Linie wird dem Staatspräsidenten vorgeworfen, seine Wahlkampfversprechen nicht einzuhalten. Die Reformansätze in Bezug auf Renten, Universitäten und Arbeitsmarkt seien halbherzig vorgenommen und würden nicht weit genug gehen. Die im letzten Herbst von der französischen Regierung eingeführten Steuerbegünstigungen zielten darauf, den Einzelnen zu mehr Arbeit anzu-spornen, um mehr zu verdienen und damit die Kaufkraft anzukurbeln. Gleichmaßen hat die allgemeine Wirtschaftskrise auch in Frankreich zu gestiegenen Nahrungsmittel- und Energiepreisen geführt.

Das Thema sinkende Kaufkraft beherrscht die französischen Medien und ist die primäre Sorge des Einzelnen. Das Wahlkampfversprechen von Sarkozy, der „Präsident der Kaufkraftstärkung“ zu sein und die ebenfalls angekündigten Rentenerhöhungen sind bislang ausgeblieben. In diesem Zusammenhang ist auch die in den Medien gemeinhin

¹ C.f. LH2 Umfrage vom 4. Feb. für Libération: nur noch 41 % Zustimmung für den Präsidenten, 84% der Befragten seien mit Sarkozys Politik zur Stärkung der Kaufkraft unzufrieden, 75% mit dem Wirtschaftswachstum, 68% mit der Arbeitsmarktpolitik, 63% mit der Politik für Soziale Gerechtigkeit, 76% der Befragten missbilligten die

Hochglanzbilder von Sarkozys Privatleben mit Carla Bruni. Eine Umfrage von CSA Anfang Februar kam zu ähnlichen Ergebnissen. Dabei war der Vertrauensschwund besonders ausgeprägt bei den Rentnern und den unteren Einkommensschichten festzustellen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

Februar 2008

www.kas-paris.fr

als „Sarkoshow“ bezeichnete Selbst-Inszenierung des Präsidenten zu sehen, die zusätzlich verantwortlich für den Popularitätsrückgang des Präsidenten ist. Die Franzosen haben sich am 6. Mai letzten Jahres tatsächlich für den „Bruch“ mit der Vergangenheit, für einen energischen, reformorientierten, modernen Präsidenten entschieden, nicht aber für einen Präsidenten, der seine Jet-Set Ferien und sein luxuriöses und glamouröses Privatleben zur Schau stellt, vor dem Hintergrund sinkender Kaufkraft des Einzelnen.

Die einzige Möglichkeit, zumindest kurzfristig im Vorfeld der Kommunalwahlen aus dem Umfragetief herauszukommen, sind populistische Maßnahmen – wie beispielsweise die jüngste Ankündigung der Regierung, die Mindestrenten anzuheben. Darüber hinaus hat der Präsident am 8. Februar den „plan espoir banlieue“, einen Aktionsplan für die Pariser Vorstädte unter großer Medienwirksamkeit der Öffentlichkeit vorgestellt²: Kernpunkte dieses Programms sind ein Kredit in Höhe von 500 Mio. Euro zur besseren Anbindung der Vorstädte an Paris. Im Mittelpunkt stehen erhöhte Sicherheit durch die Entsendung von 4000 Polizisten in die besonders betroffenen Vororte, bessere Bildungschancen und die Begleitung von 100.000 Jugendlichen in Ausbildungsprogrammen, um insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit in den sozialen Brennpunkten der Vorstädte zu bekämpfen. Vier Wochen vor den Kommunalwahlen kommt der Plan für die Vorstädte sehr viel später und mit weniger Finanzmitteln ausgestattet als geplant, obwohl er als eines der wichtigsten Programme im Wahlkampf angekündigt worden war. Im Vorfeld hatte es öffentlich ausgetragene innerministerielle Querelen – zwischen der für den Bereich zuständigen Ministerin, Christine Boutin, und der für die Vorstädte zuständigen Staatssekretärin, Fadela Amara, – über Kosten und die richtige Strategie gegeben. Letztlich hatte sich Präsident Sarkozy vorbehalten, den Plan „Hoffnung Banlieue“ selbst am vergangenen Freitag der Öffentlichkeit vorzustellen.

² Cf.: „plan espoir banlieue“, Quelle: Elyseeveröffentlichungen, 10.02.2008.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftslage wird es allerdings schwierig sein, die Ängste der Bevölkerung um Gehälter und Preiserhöhungen zu beschwichtigen. Im Dezember 2007 sind die Preise im Vergleich zum Vorjahr um 2,6% angestiegen, für 2008 geht das Institut national des statistiques et des études économiques von einem Anstieg von ca. 2,8% aus.³ Der Skandal um die Bank Société Générale hat das Misstrauen der Bevölkerung in den freien Markt weiter geschürt und den Druck nach mehr Schutz erhöht. In dieser Woche berichten die Medien über das Rekorddefizit im französischen Außenhandel von 39 Mrd. Euro. Als Ursache wird vor allem die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit französischer Betriebe ausgemacht. Der für Handel zuständige Staatssekretär Novelli kündigte in diesem Zusammenhang Strukturreformen zur Exportankurbelung an, deren Kernstück die Entwicklung exportstarker mittelständischer Unternehmen nach deutschem Vorbild sein soll.

Am 9. und 16. März stehen in Frankreich *Kommunalwahlen* bevor. Der Conseil National der UMP vom 12. Januar bot den Auftakt des Wahlkampfes, im Rahmen dessen die UMP eine sog. Nationale Charta für die Gemeindewahlen vorstellte. Die Themen „Innere Sicherheit“, „Bekämpfung von Arbeitslosigkeit“ und „Erhöhung der Kaufkraft“⁴ sind die zentralen Elemente des 10-Punkteprogramms der UMP. Sehr zum Verdross der französischen Sozialisten hatte die UMP für diesen Kongress Tony Blair als Gastredner eingeladen. Allen Versuchen führender UMP-Politiker zum Trotz, die nationale politische Ebene von der kommunalen zu trennen, werden diese Wahlen zum erneuten Stimmungstest für die Regierung. In Frankreich haben Kommunalwahlen stets den Charakter nationaler Nebenwahlen und gelten als Stimmungsbarometer. Nicolas Sarkozy hat durch seine widersprüchliche Haltung ebenfalls dazu beigetragen. Während er zu Jahresbeginn angekündigt hatte,

³ Cf.: Le Monde, 16.01.2008 und Le Figaro, 07.01.2008.

⁴ Cf.: „Charte nationale des élections municipales“ (die 10 Engagements der UMP).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

Februar 2008

www.kas-paris.fr

die Kommunalwahlen zu politisieren, sprich ihnen eine nationale Bedeutung zu geben, hat er sich zwischenzeitlich davon distanziert, um dann wiederum sein eigenes Engagement zu bekunden. Aktuelle Umfragen sagen den Sozialisten Vorteile voraus. Hinzu kommt, dass Sarkozys Wunschkandidat für den Pariser Vorort Neuilly (in dem Sarkozy selbst lange Bürgermeister war) und Elysee-Sprecher, David Martinon, aufgrund schlechter Umfragewerte sowie Diskrepanzen innerhalb seines Wahlkampfteams – dem auch der Sohn von Sarkozy angehört – am 11. Februar von seiner Kandidatur zurückgetreten ist.⁵ Wie auch immer das Ergebnis ausgehen mag – nach den Kommunalwahlen wird der französische Staatspräsident keinen Vorwand mehr haben, kontroverse Reformen nicht umzusetzen. Premierminister Fillon, der langsam aus dem Schatten seines „Hyperpräsidenten“ heraustritt, hat bereits angekündigt, nach den Kommunalwahlen die Umsetzung der Reformpolitik unermüdlich fortzusetzen. Über eine Kabinettsumbildung unmittelbar nach den Wahlen wird bereits öffentlich spekuliert.

Außenpolitische Herausforderung: Europa

Im Zuge der Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon Mitte Dezember letzten Jahres, musste Frankreich Konzessionen in Bezug auf die Bildung des Europäischen „Rates der Weisen“ machen, der nunmehr eine „Reflexionsgruppe“ mit eingeschränktem Mandat ist. Gegenüber der französischen Öffentlichkeit wird das Gremium dennoch als französische Errungenschaft präsentiert.

Mit der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon⁶ indes kehrt Frankreich nach einer 2-

jährigen europapolitischen Blockade infolge des gescheiterten Referendums in 2005 und einem weiteren Jahr intensiver Bemühungen Sarkozys um den vereinfachten Vertrag in das Zentrum Europas zurück.

In seiner Fernsehansprache vom 10. Februar bekräftigte der französische Staatspräsident, dass durch die Initiative Frankreichs, die EU den Ausweg aus der institutionellen Krise findet; er hob in diesem Zusammenhang ebenfalls das Engagement der Bundeskanzlerin hervor, deren erfolgreicher Ratspräsidentschaft man den Rahmen der EU verdanke, der für die Reformen notwendig sei.⁷ Nicolas Sarkozy hatte sich im Wahlkampf von seiner Konkurrentin Ségolène Royal dahingehend abgesetzt, als er stets ein weiteres Referendum ausgeschlossen hat. Für die französische Regierung ist die Ratifizierung des Vertrages eine wichtige Voraussetzung zur Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2008. Frankreich hat die thematischen Prioritäten bereits definiert und ambitionierte Ziele gesetzt:

- Integrations- und Immigrationspolitik: Implementierung einer gemeinsamen europäischen Einwanderungspolitik mit dem Ziel eines „europäischen Immigrationspakts“;
- Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die als komplementär zur transatlantischen Allianz angesehen wird⁸. In diesem Zusammenhang strebt Frankreich die Wiederannäherung an die NATO an, mit dem Ziel der militärischen Re-Integration

Enthaltungen (dem vorausgegangen war die Ablehnung eines von der Sozialistischen Partei (PS) eingebrachten Antrages zu einem weiteren Referendum, der mit 227 zu 175 Stimmen abgelehnt worden war); im Senat mit 265 gegen 42 bei 13 Enthaltungen angenommen.

⁷ Cf.: Fernsehansprache von Staatspräsident Sarkozy am 10. Februar zur „Ratifizierung des Vertrages von Lissabon“, Quelle: Elyseeveröffentlichungen, 11.02.2008.

⁸ Über die Wiederannäherung Frankreichs an die USA war bereits in den vorhergehenden Länderberichten ausführlich berichtet worden.

⁵ C.f.: Le Monde, 11. 2.2008

⁶ Nachdem am 4. Februar in einer Sitzung des Kongress in Versailles (gemeinsame Sitzung von Assemblée Nationale und Senat) die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden waren, um den Vertrag von Lissabon in Kraft treten zu lassen, wurde der vereinfachte Vertragstext mit folgenden Abstimmungsergebnissen angenommen: in der französischen Nationalversammlung mit 336 gegen 52 Stimmen bei 22

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

Februar 2008

www.kas-paris.fr

auf dem Gipfel zum 60. Geburtstag der Allianz im Jahre 2009;

- **Umweltpolitik:** Unter französischer Ratspräsidentschaft solle die EU ein weltweites Vorbild im Bereich der Umweltpolitik, insbesondere im Kampf gegen den Klimawandel sein;

- **Energiepolitik:** in enger Verbindung mit dem Umweltthema steht hier die Frage der Versorgungssicherheit der EU in Energiefragen.

Thematisch knüpft Frankreich damit an die Prioritäten der erfolgreichen deutschen EU-Ratspräsidentschaft an; Skepsis herrscht allerdings in Brüssel angesichts der Aussagen Sarkozys, die EU werde am Ende der französischen Präsidentschaft unter seiner Führung über eine gemeinsame Verteidigungs-, Immigrations-, Energie- und Umweltpolitik verfügen. Staatspräsident Sarkozy hofft darüber hinaus, während seiner Ratspräsidentschaft die Besetzung der neuen EU-Institutionen maßgeblich bestimmen zu können.

Auf dem Europa-Konvent der UMP am 30. Januar versicherte der französische Staatspräsident gegenüber Angela Merkel, die in ihrer Eigenschaft als CDU-Parteivorsitzende, Ehrengast der Veranstaltung war, dass er die EU-Ratspräsidentschaft „Hand in Hand“ mit der Bundeskanzlerin zum Erfolg führen wolle, und dass Europa die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich brauche. Eine erfolgreiche deutsch-französische Zusammenarbeit im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft wird dann gelingen, wenn im Vorfeld weitere Abstimmung in den Bereichen erzielt werden kann, die in den letzten Monaten für Dissonanzen im deutsch-französischen Verhältnis gesorgt haben. Dazu zählt auch der französische Vorstoß einer „Mittelmeerunion“, deren offizielle Gründung während der EU-Ratspräsidentschaft ebenfalls angestrebt wird. Das bereits am Wahlabend von Sarkozy postulierte Projekt einer Mittelmeerunion hatte zunächst den Eindruck erweckt, ein Parallel-Projekt zum bereits bestehenden Barcelona-Prozess unter französischer Führung zu sein und eine Fragmentierung der

europäischen Außenpolitik hervorzurufen. Angela Merkel hat in ihrer Rede vor der UMP deutlich für eine Einbindung aller EU-Partner in die Anstrengungen, die Zusammenarbeit mit den Mittelmeeranrainern zu intensivieren, plädiert. Nicolas Sarkozy hat Angela Merkel wiederum auf dem EU-Konvent versichert, weder Deutschland noch andere EU-Staaten, die nicht unmittelbare Mittelmeeranrainer sind, von dem Projekt ausschließen zu wollen. Ob die inzwischen erfolgte Umbenennung des Projekts von „Union méditerranéenne“ (Mittelmeerunion) in „Union pour la Méditerranée“ (Union für das Mittelmeer) rein semantischer Natur ist oder eine tatsächliche Umorientierung des Projekts bedeutet, bleibt abzuwarten.

Dass es Paris allerdings ernst ist mit der engen Abstimmung mit Deutschland im Vorfeld der Übernahme der Ratspräsidentschaft, zeigt der für diese Woche in Berlin angekündigte Besuch von Präsidentenberater Henri Guaino, der das Projekt lanciert hat, allerdings gemeinhin als Europaskeptiker gilt.⁹

Nicolas Sarkozys jüngste Kritik an der Fischereipolitik der EU erinnert an seine Angriffe auf den Euro und die Europäische Zentralbank während des Präsidentschaftswahlkampfes und stehen in diametralem Gegensatz zu seinem Image als „Retter“ des Europäischen Einigungsprozesses, welches er im Zuge der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon vermitteln möchte.

„Europa wird umso stärker sein, indem wir ein gemeinsames Verständnis von Europa definieren“ mit diesen Worten hat sich Angela Merkel unter „standing ovations“ vom Europa-Konvent der UMP verabschiedet. Der Erfolg der französischen EU-Ratspräsidentschaft hängt davon ab, inwiefern es Nicolas Sarkozy gelingt, die nationalen französischen oder gar persönlichen Machtinteressen im Sinne eines gemeinsamen europäischen Konsens' und auf der

⁹ Cf.: Le Figaro: „Berlin s'emporte contre le projet français d'Union de la Méditerranée“, vom 08.02.2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

Februar 2008

www.kas-paris.fr

Grundlage gemeinsamer Werte zurückzuschrauben.

Resümee

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Frankreich in diesem Jahr wiederum vor großen innen- wie außenpolitischen Herausforderungen steht, dass aber die Europapolitik nicht unmittelbar Auswirkungen auf die Zustimmungswerte des Präsidenten innerhalb der Bevölkerung hat. Sicherlich sagt die Abstimmung im französischen Parlament über den Vertrag von Lissabon wenig über die Stimmung in der Bevölkerung aus. Nach wie vor sind in Frankreich die Ängste vor der Globalisierung und der Wunsch nach einer Festung Europa vorherrschend; der Popularitätsverlust des Präsidenten indes ist innenpolitisch bzw. in der Selbst-Inszenierung seiner Person begründet. Er ist allerdings nicht auf die Unbeliebtheit der angekündigten oder in Ansätzen begonnenen Reformen, sondern vielmehr auf die mangelnde Umsetzung der angekündigten Reformen zurückzuführen. Es sind zahlreiche Reformbaustellen mutig eröffnet worden – die Steuerpolitik, die Universitätsreform, die Abschaffung der Frührenten, die Aufweichung der 35-Stunden-Woche. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 7,9% ist eine Erfolgsmeldung in 2008¹⁰, doch die sinkende Kaufkraft beherrscht die Gemüter. Die „Sarkoshow“ hat sich mittlerweile abgenutzt, auch die in der Neujahrsansprache angekündigte „politique de civilisation“¹¹ reicht nicht aus, solange sie nicht mit konkreten Inhalten gefüllt und die Reformansätze stringent umgesetzt werden.

Die bevorstehenden Kommunalwahlen beeinflussen den Reformkalender. Nicolas Sarkozy und seine Regierung müssen die schwierige Gratwanderungen gehen, die Reformen vor den Wahlen zu beschleunigen, um die Wahlversprechen einzuhalten oder aber das Reformprogramm vor den Wahlen zu verlangsamen, um das Vertrauen beider

politischer Lager zu bewahren. Noch profitiert Nicolas Sarkozy von der Schwäche der Opposition. Sollten die Sozialisten tatsächlich gestärkt aus den Kommunalwahlen hervorgehen, wird die Umsetzung des ambitionierten Programms – trotz seiner Politik der politischen „ouverture“ – schwieriger.

Der Grundgedanke einer „politique de civilisation“ – den Menschen wieder stärker in den Mittelpunkt der Politik zu stellen – ist durchaus positiv zu bewerten. Sarkozy ist ein kluger Stratege, er hat das Vakuum erkannt. Sein Reformprogramm wird erfolgreich sein, wenn es ihm gelingt, die Bevölkerung für die Reformen „mitzunehmen“ und die langfristigen Vorteile für den Einzelnen glaubwürdig zu vermitteln unter gleichzeitiger Rücknahme der Mediatisierung seines Privatlebens.

„Herr Präsident, Sie haben ein Image-Problem“ – mit diesen Worten wird der Generalsekretär im Elysee, Claude Guéant, von Le Monde zitiert¹²; diese message scheint nun auch bei Nicolas Sarkozy angekommen zu sein. Die Hochzeit mit Carla Bruni – eine Liaison, die in Frankreich und im Ausland für viel Medienspektakel gesorgt hatte – wurde Anfang Februar ganz im Stillen zelebriert.

¹⁰ Cf.: INSEE, Dezember 2007.

¹¹ Cf.: Neujahrsansprache von Staatspräsident Sarkozy; Quelle: Elyseepublikationen, 03.01.2008.

¹² Cf.: Le Monde, 01.02.2008.